

NEWSLETTER

+++ Wichtige Informationen +++ Wichtige Informationen +++ Wichtige Informationen +



KUNDGEBUNG - AUFARBEITUNG VON DDR-ZWANGSADOPTIONEN

Am 18.04.2014 treffen wir uns vor dem Brandenburger Tor - auf dem Pariser Platz - in der Zeit von 10 bis 13 Uhr.

Die Kundgebung ist polizeilich angemeldet. Wir hoffen sehr, dass uns sehr viele Menschen dabei unterstützen. Es ist an der Zeit, dass die Öffentlichkeit / Politik nicht länger wegschaut.

WIR sind die Betroffenen, die bereits ihr Leben lang damit zurecht kommen müssen. Zwangsadoptionen sind kein Kavaliersdelikt, sondern eine hochgradige Form von Menschenrechtsverletzungen.

Die Bundesrepublik ist der Nachfolgestaat der DDR und somit sind sie zur Aufarbeitung verpflichtet und das wollen wir mit unserer Kundgebung einfordern.

Veranstalter und Organisatoren: OvZ-DDR e.V. (Katrin Behr und Andreas Laake)

Kooperation mit: Dachverband UOKG e.V.



+++ Wichtige Informationen +++ Wichtige Informationen +++ Wichtige Informationen +

+++ Wichtige Informationen +++ Wichtige Informationen +++ Wichtige Informationen +

Warum wollen viele, bis heute, das Kapitel DDR-Zwangsadoptionen nicht aufarbeiten?

Warum behaupten viele ehemalige DDR-Jugendhilfemitarbeiter immer noch, dass es so etwas nicht gab?

Warum haben Adoptierte oder deren leiblichen Eltern so eingeschränkte Rechte?

Wenn jeder Mensch in Deutschland das Recht auf Wissen über seine eigene Abstammung hat - warum wissen dann viele Adoptierte bis heute nicht, dass sie adoptiert sind?

Warum, warum, warum, warum ...?

Warum wird nis heute geschwiegen?

GEHEIM

+++ Wichtige Informationen +++ Wichtige Informationen +++ Wichtige Informationen +

UNSER ANSCHREIBEN vom 11.04.2014

Bundestagfraktionen:

- CDU/CSU - Fraktionsvorsitzender Herr Kauder
- SPD - Fraktionsvorsitzender - Herr Oppermann
- Bündnis 90/Die Grünen - Fraktionsvorsitzende Frau Göring-Eckard und Fraktionsvorsitzender Herr Dr. Hofreiter

sowie an folgende Ministerien:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend - Frau Schwesig
- Bundesministerium für Justiz - Herr Maas

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich wende mich an Sie im Namen der UOKG, dem Dachverband der SED-Opfer.
Seit 2010 arbeite ich bei der UOKG als vom LStU-Berlin geförderte

Beratungsstelle, die dieses Thema aufgegriffen hat.

Leider wird das Thema DDR-Zwangsadoptionen von Politik und Behörden bislang weitgehend ignoriert. Dies hat dazu geführt, dass die Rechte von Betroffenen von Zwangsadoptionen unzureichend sind.

Es fängt schon damit an, dass es die derzeitige Rechtslage den Betroffenen schwer macht, ihre eigene Geschichte überhaupt aufzuarbeiten. So bekommen viele Adoptierte mit dem Verweis auf Datenschutz und Persönlichkeitsrechte von Dritten keinerlei Kopien aus ihrer Adoptionsvermittlungsakte ausgehändigt, obwohl diese leicht, wie das Beispiel des Umgangs mit den Stasi-Akten zeigt, durch Schwärzungen geschützt werden könnten. Tatsächlich wird in Einzelfällen auch so verfahren. Ob der Betroffene aber seine Akte zu sehen bekommt oder nicht, obliegt letztlich der alleinigen Entscheidung des Sachbearbeiters. Das erscheint den Betroffenen häufig als Willkür.

Diese wirkt umso schlimmer, als heute noch alte Mitarbeiter der DDR-Jugendhilfe in den verantwortlichen Positionen der Adoptionsvermittlung sitzen.

Des Weiteren ist der Umgang mit politisch motivierten Zwangsadoptionen nach wie vor unzureichend. So wird die Tatsache, dass es solche überhaupt gab, häufig geleugnet, bzw. die Zahl der Fälle heruntergespielt. Aus den Erfahrungen in meiner Beratungstätigkeit ergibt sich aber ein ganz anderes Bild, insbesondere wenn man die Tatsache berücksichtigt, dass viele politisch motivierte Zwangsadoptionen mit dem vorgeschobenen Strafdelikt des „asozialen Verhaltens“ (§ 249 StGB-DDR) vertuscht wurden. (so auch das Schreiben des Landesamts für Soziales und Familie in Thüringen vom 12.09.1991, S. 2 / 4. Abs., siehe Anlage)

Dass § 249 StGB-DDR dazu missbraucht wurde, Personen zu kriminalisieren, welche politisch unliebsam waren, ist inzwischen in der Wissenschaft anerkannt. (vgl. Lassleben: Zur Rehabilitierung von Verurteilungen nach § 249 StGB-DDR, Horch und Guck 02/2008, S. 42 - 45)

Daher sehen wir in folgenden Punkten im Interesse der Betroffenen dringenden Verbesserungsbedarf:

1. Forschung - historische und politische Aufarbeitung (unter der Berücksichtigung, dass Jugendhilfeakten nicht 1:1 deutbar sind und unter Berücksichtigung von tausenden Verurteilungen von Herkunftsmüttern nach dem Paragraphen 249 des StGB der DDR).

2. Uneingeschränkte Einsichtnahme in die Adoptionsvermittlungsakte und Herausgabe von Kopien - unter Beachtung des Datenschutzes und der Persönlichkeitsrechte von Dritten (nach dem Beispiel des StUG)

2a. Für Adoptierte: komplette Einsichtnahme

2b. Für leibliche Eltern: alle dokumentierten Aussagen über ihre Person (unter Beachtung des Zeitpunkts des beginnenden Adoptionsschutzes)

3. Politische Anerkennung des erlittenen Unrechts und Entschädigung

4. Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Auflösung von Zwangsadoptionen

5. Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, um die Ursprungsidentität wieder zu erhalten (bei erfolgten Zwangsadoption)

6. Überarbeitung der Definition „Zwangsadoptionen“ - der § 249 muss mit aufgenommen werden (viele Mütter wurden bereits strafrechtlich rehabilitiert)

7. Überprüfung „alter“ Kader in Adoptionsvermittlungsstellen, die heute immer noch

aus
der DDR durchführen können - Gefahr der Aktenverdünnung

8. Einberufung - Runder Tisch

Sehr geehrte ..., wir würden uns freuen, könnten wir Ihnen die Problematik in einem persönlichen Gespräch näher bringen. Für einen Gesprächstermin stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,
Katrin Behr

+++ Wichtige Informationen +++ Wichtige Informationen +++ Wichtige Informationen +



**Mit dem "letzten Hemd"
Sternmarsch nach Genf**



**für die Rechte aus Artikel 39
der UN- Kinderrechtskonvention**
ab Freiburg vom 5. Juni bis Genf am 19. Juni
der Opfer von Menschenrechtsverbrechen
in Minderjährigkeit



Die beschrifteten Hemden bitte einsenden

in Deutschland an: Robby Basler Heilbronner Str. 2 60327 Frankfurt Tel. 06927134731	in der Schweiz an: © Zwangsadoption- Schweiz Lisa Hilafu Tavernaweg 7 3184 Wülfnau www.1281gphoto.ch	in Österreich an: Christine Jung Kirchstrasse 18 6410 Telfs Tirol Tel. 06803107271
--	---	---

UOKG e.V.
Fachberaterin für DDR Zwangsadoptionen: Katrin Behr
Ruschestraße 103, Haus 1, Zimmer 609
10365 Berlin
Telefon: 0049 30 55779354 - Telefax: 0049 30 55779340
E-Mail: behr@uokg.de